



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

514 (4.11.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-182211](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-182211)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Ausgabenpreis: Die 1. Aufl. kostet 40 Pf. Fernschreiben 20 Pf., Telegramm 20 Pf., Eilboten 30 Pf., Anzeigenpreis 20 Pf. für den ersten Tag, 10 Pf. für den zweiten Tag, 5 Pf. für den dritten Tag, 3 Pf. für den vierten Tag, 2 Pf. für den fünften Tag, 1 Pf. für den sechsten Tag, 1 Pf. für den siebten Tag, 1 Pf. für den achten Tag, 1 Pf. für den neunten Tag, 1 Pf. für den zehnten Tag, 1 Pf. für den elften Tag, 1 Pf. für den zwölften Tag, 1 Pf. für den dreizehnten Tag, 1 Pf. für den vierzehnten Tag, 1 Pf. für den fünfzehnten Tag, 1 Pf. für den sechzehnten Tag, 1 Pf. für den siebzehnten Tag, 1 Pf. für den achtzehnten Tag, 1 Pf. für den neunzehnten Tag, 1 Pf. für den zwanzigsten Tag, 1 Pf. für den einundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundzwanzigsten Tag, 1 Pf. für den dreißigsten Tag, 1 Pf. für den einunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den zweiunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den dreiunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den vierunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den fünfunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den sechsunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den siebenunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den achtunddreißigsten Tag, 1 Pf. für den neununddreißigsten Tag, 1 Pf. für den vierzigsten Tag, 1 Pf. für den einundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundvierzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfzigsten Tag, 1 Pf. für den einundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundfünfzigsten Tag, 1 Pf. für den sechzigsten Tag, 1 Pf. für den einundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundsechzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenzigsten Tag, 1 Pf. für den einundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundsiebzigsten Tag, 1 Pf. für den achtzigsten Tag, 1 Pf. für den einundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundachtzigsten Tag, 1 Pf. für den neunzigsten Tag, 1 Pf. für den einundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den zweiundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den dreiundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den vierundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den fünfundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den sechsundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den siebenundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den achtundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den neunundneunzigsten Tag, 1 Pf. für den hundertsten Tag, 1 Pf. für den einundhundertsten Tag, 1 Pf. für den zweiundhundertsten Tag, 1 Pf. für den dreiundhundertsten Tag, 1 Pf. für den vierundhundertsten Tag, 1 Pf. für den fünfundhundertsten Tag, 1 Pf. für den sechsundhundertsten Tag, 1 Pf. für den siebenundhundertsten Tag, 1 Pf. für den achtundhundertsten Tag, 1 Pf. für den neunundhundertsten Tag, 1 Pf. für den tausendsten Tag.

Verlagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn.

Die Lage.

Furchtbare Tage, die wir durchleben. Die alte Donaumonarchie stürzt mit einem gewaltigen Krach zusammen. Sie bildet sich nicht um, sie ist in vollster Auflösung. Die Kämpfe in Russland wiederholen sich noch einmal, plündernde Soldatenhaufen ziehen umher, Kriegsgefangene brechen, Arbeiter räte sehen die geordneten Behörden ab. In diesem Chaos von Zuchtlosigkeit und Sinnlosigkeit legt die Natur den Trümmern des alten Reiches, das einst eine Weltmacht war, Waffenstillstandsbedingungen auf, die das Land ehrlos und wehrlos machen. Warum nicht? Das alte Reich ist dank dem um sich greifenden Bolschewismus ja so ohnmächtig, daß es sich jede Stunde, jedes Glied gefallen lassen muß, das ihm die Völker zudenken, die blutbesudelten Gräber des Völkermordes, des gerechten Friedens, die von der Hölle ausgepflegten, um Europa in einen Friedhof zu verwandeln. Anstatt tritt zurück, nachdem er sieht, was seine Treulosigkeit angerichtet. Wie anders stünde Oesterreich da, wenn es sich innerer Furcht befehen hätte, zu warren, um gemeinsam mit seinen Verbündeten Waffenstillstand zu schließen! Es muß es sich dazu verstehen, sein Land zum Aufmarschgebiet gegen die Grenze Süddeutschlands herzugeben, das besagt Punkt 4 der Bedingungen, und den Alliierten das Recht des freien Durchzugs und der Benutzung aller Straßen, Eisenbahnen in Oesterreich einzuräumen. Ein Ende des Elendes und der Schande, über dem die Entente und der Bolschewismus triumphieren.

Welche Waffenstillstandsbedingungen werden die Alliierten Deutschland auferlegen? Die folgenden Bedingungen des „Manchester Guardian“ zeigen, daß die Entente absichtlich verschleppen. Der Krieg ist klar. Sie rechnen, daß nach dem Hereinbrechen des Bolschewismus in Oesterreich, nach seiner Entwertung unsere militärische Lage immer ungünstiger werden muß, die Bedingungen immer härter werden können. Aber da die Westmächte sich zulehends festigt, so könnte die Rechnung noch ganz das erwünschte Ergebnis haben. So suchen sie die innere Auflösung Deutschlands zu beschleunigen, wie in Oesterreich, damit sie dann auch Deutschland so in Schmach und Schande und Elend treiben können als den alten Habsburger Staat. Das ist und bleibt der Kern der Kaiserfrage. Es ist nicht so, daß der Kaiser Wilhelm II. uns günstigere Waffenstillstandsbedingungen schaffen wird. Die Kaiserfrage ist von Deutschland innerlich zu zerlegen durch Entwertung des Kampfes zwischen Monarchisten und Republikanern. Das Flugblatt des sozialdemokratischen Parteivorstandes, das heute bekannt wird, zeigt, daß das Gift schon wirken beginnt. Die Sozialdemokraten in der Regierung müssen schon zu starken Beschränkungen dummster Cäsurien bereit sein, die durch die Kaiserfrage neue Nahrung erhält. Ist sie aber nicht eigentlich gelöst? Der neue Staat des Kaisers bedeutet doch sicher den endgültigen Bruch der Demokratie über das Kaiserium im alten Sinne. Ist man noch mehr? Republik? Wir raten dringend, man solle innehalten mit weiteren Reformen und Sprengungen des alten Baues, der doch immerhin 4 Jahre dem furchtbaren Anprall zu tragen vermocht, wie der kaiserliche Erlaß ausdrücklich bemerkt. Es geht nicht um die Person Wilhelms II., es geht um das Heil des Reiches. Es geht um die Freiheit, Arbeit und Wohlstand. Soll es so auch in Deutschland sein? Wir bitten jeden deutschen Arbeiter, die Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn zu lesen und ebenso die Berichte über die Auflösung des alten Elend im Habsburger Staat. Nur einen Wahnsinn kann es danach noch nach Umsturz gelüsten, der uns das Elend bringen wird. Der Tag, da die Entfesselung des Bolschewismus Hungersnot über die Donauländer bringen wird, dürfte nicht mehr fern sein. Wir haben den Bolschewismus als Dienst am Volke, selbst wenn sein Träger anders wollte.

Annahme ohne Präjudiz für den späteren Frieden.

Man, 3. Nov. (WZB. Nichtamtlich) Amtlich wird verkündet: Die von den Italienern gestellten Waffenstillstandsbedingungen lauten:

- 1. Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten an Lande, Wasser und in der Luft.
- 2. Gänzliche Demobilisierung Oesterreich-Ungarns und die sofortige Zurückziehung aller Einheiten von der Front von der Nordsee bis zur Schweiz.
- 3. Auf dem Gebiet Oesterreich-Ungarns wird innererhalb der unter in § 3 angeführten Grenze als österreichische Wehrmacht nur ein Maximum von 20 Divisionen auf den Friedensstand vor dem Kriege herabgesetzt.
- 4. Die Hälfte des gesamten Divisions- und Artilleriematerials, sowie die entsprechende Anzahl von all dem, was sich auf dem von dem österreichischen

ungarischen Heer zu evakuierendem Gebiet befindet, wird an den von den Alliierten und den Vereinigten Staaten zu bestimmenden Punkten angeliefert werden müssen, um ihnen ausgeliefert zu werden.

3. Evakuierung jedes von Oesterreich-Ungarn seit Kriegsbeginn mit Wassengewalt besetzten Gebietes und Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Kräfte innerhalb eines vom Oberkommandierenden der alliierten Kräfte an den verschiedenen Fronten zu bestimmenden Termins, jenseits einer wie folgt festgelegten Linie: Von der Unbrail-Spitze bis nördlich des Stiller Joches wird diese Linie dem Namen der Rhoenischen Alpen folgend, bis zum Tale der Etsch und der Eisack über den Reichen und Freinerberg und auf den Höhen des Deh und des Jiller lauten. Die Linie wird sich gegen Süden wenden, den Toblacherberg überschreiten und die jetzige Grenze der Karnischen Alpen erreichen. Sie wird die Grenze bis zum Tarvisberge verfolgen und nach dem Tarvisberge die Wasserscheide der Julischen Alpen über den Predil-Bach, den Mangart, den Tricorno (Triglav) und die Wasserscheide des Paderdopasses von Boskonischen und von Idria. Von diesem Punkte ausgehend, wird die Linie in südöstlicher Richtung gegen den Schneeberg verlaufen, das ganze Savobeden mit Zulüssen ausgenommen. Vom Schneeberg wird die Linie gegen die Küste heruntergehen, sobald Cassua, Mattuglia und Bolosca in das evakuierende Gebiet inbegriffen sind. Sie wird desgleichen den jetzigen administrativen Grenzen der jetzigen Provinz Dalmatien folgen, im Norden Lissarca und Treboni, im Süden eine Linie einschließen, welche an der Küste von Cap Bianca ausgeht und gegen Osten die höchsten Punkte der die Wasserscheide bildenden Höhen verfolgt, jedoch in den evakuierenden Gebieten alle Täler und Wasserläufe inbegriffen werden, die gegen Sebenico abfallen, wie die Ciolva, die Rerka, die Putonica und ihre Zulüsse. Sie wird auch alle im Norden und Westen Dalmatiens gelegenen Inseln umfassen: Premuda, Selce, Ulbo, Scarda, Maon, Fago und Bunta Dura; im Norden bis zum Süden von Meleda mit Einschluß von San Andrea, Buss, Vissa, Rospa, Torcola, Curcola, Daza und Lagosta sowie auch die umliegenden Inseln und Inselchen und Pelagosa mit Ausnahme der Inseln Trirada Grande und Bicecla, Bua, Solta und Braja. Alle geräumten Gebiete werden von den Truppen der Alliierten und der Vereinigten Staaten besetzt werden. Hierbei hat das ganze militärische Material und das Material der Eisenbahnen, das sich auf dem zu evakuierenden Gebiet befindet, an Ort und Stelle zu verbleiben. Auslieferung dieses ganzen Materials (Verpauung und Kohlen inbegriffen) an die Alliierten und Ver. Staaten erfolgt nach den von den Oberkommandanten der Kräfte der verbündeten Mächte an den verschiedenen Fronten zu treffenden speziellen Befehlen. Es darf keine neue Verübung oder Plünderung oder neue Requisitionen von den feindlichen Truppen auf dem vom Feinde zu räumenden oder von den Kräften der verbündeten Mächte zu besetzenden Gebiet geschehen.

4. Die Verbündeten werden das absolute Recht haben:

- a) einer freien Bewegung ihrer Truppen auf jeder Straße oder Eisenbahn oder Wasserweg des österreichisch-ungarischen Gebietes und des Gebrauchs der nötigen österreichisch-ungarischen Transportmittel;
- b) mit verbündeten Kräften alle jene strategischen Punkte in Oesterreich-Ungarn für die den Alliierten nötig erscheinende Zeit zu besetzen, zum Zwecke, dort zu wohnen oder die Ordnung aufrechtzuerhalten;
- c) zur Requisition gegen Bezahlung zugunsten der verbündeten Heere, wo immer sie sich befinden.

5. Der vollständige Abzug aller deutschen Truppen innerhalb 15 Tagen nicht nur von der italienischen und Balkanfront, sondern vom ganzen österreichisch-ungarischen Territorium und die Internierung aller deutschen Truppen, welche Oesterreich-Ungarn an diesem Tage nicht verlassen haben.

6. Die Provinzialverwaltung der von Oesterreich-Ungarn geräumten Gebiete wird den Lokalbehörden und der Kontrolle der Stationskommandos der verbündeten Okkupations-truppen anvertraut werden.

7. Sofortige Heimsendung ohne Gegenleistung aller Kriegsgefangenen und internierten Unterthanen der Alliierten, auch der von ihren Wohnstätten entfernten Zivilbevölkerung, nach Bedingungen, welche von den verbündeten Oberkommandanten an den verschiedenen Fronten festgesetzt sind.

8. Die im evakuierendem Gebiet verbliebenen Kranken und Verwundeten müssen von österreichisch-ungarischem Personal gepflegt werden, welches samt dem hierzu nötigen ärztlichen Material an Ort und Stelle zurückgelassen ist.

Bedingungen zur See:

1. Sofortige Einstellung jeder Feindseligkeit zur See und genaue Angabe des Aufenthaltes und der Bewegungen aller österreichisch-ungarischen Schiffe. Es wird den Neutralen bekanntgegeben werden daß die Schifffahrt der Kriegs- und Handelsmarine der Alliierten und verbündeten Mächte in allen territorialen Gewässern freigegeben wird, ohne daß hierdurch irgendwie Neutralitätsfragen aufgeworfen werden

2. Uebergabe von 15 österreichisch-ungarischen Unterseebooten, die sich in den österreichisch-ungarischen Gewässern befinden oder dorthin gelangen können, an die Alliierten und die Vereinigten Staaten. Vollständige Abrüstung und Demobilisierung aller anderen österreichisch-ungarischen Unterseeboote, die unter der Bewachung der Alliierten und der Vereinigten Staaten bleiben müssen.

3. Uebergabe von 3 Schlachtschiffen, 3 leichten Kreuzern, 9 Torpedoboosterkreuzern, 1 Minenleger, 6 Donaumotoren mit ihrer Bewachung, Ausrüstung und Verpflegung an die Alliierten und die Vereinigten Staaten, die die Schiffe bestimmen werden. Alle anderen Oberwasserfahrzeuge (die Flußschiffe mit inbegriffen) müssen in österreich-ungar. Häfen, die die Vereinigten Staaten u. Alliierten bestimmen werden, vereinigt, demobilisiert und vollständig abgerüstet werden. Sie werden unter die Ueberwachung der Alliierten und der Vereinigten Staaten gestellt.

4. Freiheit der Schifffahrt aller Schiffe der Kriegs- und Handelsmarine der Alliierten und der verbündeten Mächte in der Adria (die territorialen Gewässer inbegriffen), auf der Donau und ihren Nebenflüssen innerhalb des österreichisch-ungarischen Gebietes. Die Alliierten und die verbündeten Mächte werden das Recht haben, alle Minenfelder aufzuräumen und die Sperren zu zerstören, deren Lage ihnen angegeben werden muß. Um die Freiheit der Schifffahrt auf der Donau zu sichern, dürfen die Alliierten und die Vereinigten Staaten alle Befestigungs- und Verteidigungswerke entweder besetzen oder verteidigen.

5. Aufrechterhaltung der Blockade seitens der verbündeten Mächte unter den gegenwärtigen Bedingungen. Oesterreichisch-ungarische Schiffe, die auf der Fahrt angetroffen werden, unterliegen der Kaperei. Unberührt bleiben die Ausnahmen, die von Seiten einer von den Alliierten und den Vereinigten Staaten eingesetzten Kommission werden zugelassen werden.

6. Vereinigung und Befassung aller Luftstreitkräfte der Marine in einem von den Alliierten und den Vereinigten Staaten bestimmten Hafen.

7. Evakuierung der ganzen Küste und aller Handelshäfen, die von Oesterreich-Ungarn außerhalb des nationalen Gebietes besetzt sind und Ueberlassung des ganzen schwimmenden und Schifffahrtsmaterials, der Verpflegungsvorräte und Navigationsmittel jeder Art.

8. Benutzung aller Land- und Seebefestigungen und der zur Verteidigung von Pola eingerichteten Inseln, sowie der Werften und des Arsenal durch die Alliierten und die Vereinigten Staaten.

9. Rückgabe aller von Oesterreich-Ungarn den Alliierten und verbündeten Mächten weggenommenen Handelsschiffe.

10. Verbot jedweder Zerstörung von Anlagen oder Material vor der Räumung, Uebergabe oder Rückgabe.

11. Rückgabe aller Gefangenen der verbündeten Mächte, sowohl der Kriegs- als auch der Handelsmarine, die sich in der Gewalt Oesterreich-Ungarns befinden, ohne Verpflichtung der Gegenseitigkeit.

Hierzu wird bemerkt, daß die vorgenannten Waffenstillstandsbedingungen ohne Präjudiz für den späteren Frieden angenommen wurden. Es wurde dabei vorausgesetzt, daß die Punkte 4 (Land) und 4 (Wasser) nicht so zu verstehen sind, daß die feindliche Armee die freie Bewegung zu einem Angriff auf Deutschland ausnützen könne. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so müßte dagegen Protest eingelegt werden.

Die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland.

Veranschlagung der Besannigabe.
Rotterdam, 3. Nov. (WZB. Nichtamtlich.) Nach dem Nieuwe Rotterdamchen Courant schreibt der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian: Einem einflussreichen Mann zufolge, der darauf Anspruch erheben kann, daß man, was er sagt, ernst nimmt, darf man sich nicht zu sehr darauf verlassen, daß die Alliierten ihre Bedingungen für den Waffenstillstand mit Deutschland vorlegen werden, ohne daß der Feind seinerseits Schritte tut. Der Gewährsmann des Korrespondenten des Manchester Guardian war der Ansicht, daß die zuerst zu lösende Frage, wann die Bedingungen bekannt zu geben seien, auf der Konferenz noch nicht erledigt worden sei. In allen anderen Kriegen ist das Erfuchen um Waffenstillstand im Felde unter der weißen Flagge gestellt worden. Deutschland hat sich seit seiner Note vom Sonntag nicht gerührt. Damals sagte es, daß es auf die Vorschläge für den Waffenstillstand war. Dem Publikum werde dieser Punkt vielleicht unwichtig vorkommen, aber es handle

schon ein Prinzip. Deutschland habe die Entscheidung durch den Krieg gewollt. Auf jeden Fall müsse das deutsche Volk sehen, daß seine Regierung um Waffenstillstand ersucht habe.

Die Bedingungen für den Waffenstillstand würden ein sehr umfangreiches Dokument bilden. Sie würden eine große Zahl Einzelheiten umfassen, und auch sehr ausführliche Angaben und Termine für die Ausführung dieser Einzelheiten. Die deutsche Vorstellung von einer gemischten Kommission zur Regelung der Einzelheiten der Räumung sei unhaltbar. Man könne erwarten, daß die folgende Methode befolgt werde: Das Dokument mit den Bedingungen werde dem deutschen Bevollmächtigten übergeben. Vermutlich werde eine deutsche militärische Abordnung in einem der Hauptquartiere der Alliierten erscheinen, um die Antworten auf die Fragen zu nehmen. Man erwarte, daß nach der Bekanntmachung der Bedingungen zu dem Waffenstillstand die deutsche Antwort nicht lange auf sich warten lassen werde.

Kaiser und Reich.

Berlin, 4. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Im „Deutschen Kurier“ veröffentlicht Regierungsrat Prof. Dr. Leibig, Vorsitzender der nationalliberalen Partei in der Provinz Brandenburg, einen „Kaiser und Reich“ überschriebenen Aufsatz, in dem er die Kaiserfrage behandelt und für den monarchischen Gedanken eintritt. Er schreibt u. a.: „Ich werfe Panier auf: Kaiser und Reich! Wer legt mit mir die Schwurfinger an die Fahnenstange: Für Kaiser und Reich? Fürwahr, weit ist es gekommen, daß sich in Deutschland wieder Reigungen und Stimmen heroorwogen, die diese Notzeit Deutschlands zu Rheinbundgedanken und Abänderungsplänen für geeignet halten. Diese Zeit, die uns nach den vier Kriegs- und Durchhaltejahren zusammengeführt haben müßte wie mit ehernen Klammern. Und weit ist es gekommen, daß wir, während der Feind auf unsere Grenzen schlägt, für und wider den Kaiser reden und streiten. Der Kaiser ist heute nur Repräsentant des Willens des einheitslichen Volkes. Das soll er aber auch bleiben. Das ist er für alle, für Millionen Deutsche, die im Herzen monarchische Gesinnung haben. Diese Millionen sind mit dem Kaisertum auch innerlich, menschlich verbunden. Wer wagt es, diesen Millionen ihr heiliges zu nehmen, das die andern nicht stören und schädigen kann? Denn die staatsrechtliche Stellung des Kaisers entspricht genau der des Präsidenten einer Volksdemokratie. Weshalb also darum kämpfen?“

Karlruhe, 3. Novbr. Die nationalliberalen Mitglieder der beiden Kammern des badischen Landtags zusammen mit dem Geschäftsführenden Ausschuss der Partei haben am Samstag an den Reichskanzler das folgende Telegramm gerichtet: Mit banger Sorge verfolgen wir den Kampf um die Person des Kaisers. Unser Volk erblickt in dem Träger der Kaiserkrone die Verkörperung des Reichsgedankens als Einheitsdeutschheit und Größe. Die Erhaltung des Kaisertums ist eine Lebensnotwendigkeit und eine Ehrensache des deutschen Volkes.

Ein Flugblatt der sozialdemokratischen Parteileitung.

Berlin, 4. November. (Von unserem Berliner Büro.) Die sozialdemokratische Parteileitung verbreitete heute Nacht folgendes Flugblatt:

Arbeiter, Parteigenossen! Durch unterschleifende Flugblätter und Agitation von Mund zu Mund ist an Euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir rufen Euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie Ihr wisst, befindet sich die sozialdemokratische Partei im Zuge einer wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunig Frieden schließen und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten wiederherstellen, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung hat diese an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu Waffenstillstand und Frieden führen muß, das gleiche Wahlrecht in Preußen durchsetzt, dem Reichstag die Stellung der eigentlichen Zentralgewalt im Reich verschafft und das persönliche Regimentsbefehlshaber, die Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt durchgeführt und damit den Militarismus des stärksten Rückhaltes beraubt, die Presse und Versammlungsfreiheit erweitert, Liebesdienst und viele andere aus dem Gehalts befreit. Dies alles genügt uns aber nicht. Wir arbeiten weiter, um gegen kriegerische Stimmungen zu kämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis auf den Grund durchzuführen. Wie Ihr alle aus den Zeitungen wisst, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten zurückzutreten. Ueber diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen.

Arbeiter, Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischen-treten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen. Jeden Tag können wir in die Lage kommen, Euch aufzufordern zu müssen, daß Ihr Euer Wort in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von feinerer Bemerkungsparolen einsparen zu lassen. Je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle militärischen Einzelheiten und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen. Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von Euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Millionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterklasse getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. Folgt daher keiner Parole, die von einer verantwortlichen Minderheit ausgeht.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die russische Vertretung in Berlin und der Bolschewismus.

Berlin, 3. Nov. (Mitt. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet unter der Überschrift: Die russische Vertretung in Berlin und der Bolschewismus. Eine amtliche Erklärung.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Die deutsche Presse beschäftigt sich in den letzten Tagen in auffälliger Weise mit der hiesigen russischen Vertretung und stellt sie als ein gefährliches Zentrum bolschewistischer Agitation in Deutschland hin, dessen man sich baldigst entledigen müsse. Es ist ausgeführt worden, daß die Demonstrationen der „Unabhängigen“ sich das Gebäude der russi-

schen Vertretung unter dem Linden zum Ziel genommen hätten, daß eine außergewöhnlich hohe Zahl von russischen Kurieren nach Deutschland einreife, daß maßgebende russische Stellen sich öffentlich für eine Revolutionierung Deutschlands ausgesprochen haben, daß wahrscheinlich durch Gelder und Waffen zu umstürzlichen Zwecken von Russland her rege Revolutionsarbeit bei uns betrieben werde, und daß die russische Vertretung der Mittelpunkt und das Werkzeug für diese Arbeit sei. Der deutschen Regierung wird darauf der Vorwurf gemacht, daß sie dieses Treiben dulde und der daraus drohenden fürchtbaren Gefahr gegenüber die Augen verschleße. Von einem Blatt ist außerdem unter dem Hinweis auf den Vorwurf erhoben worden, daß die Regierung nicht energisch auf eine Sühne des fürchtbaren Verbrechens bestanden habe, sondern es sich gefallen lasse, daß Mörder und Anstifter dieser straffrei ausgingen.

Gegenüber diesen Vorwürfen muß darauf hingewiesen werden, daß die Regierung weder das Streben der bolschewistischen Regierung nach Erringung der Revolution außer acht läßt, noch die nachlässige Behandlung der Mörder des Grafen Mirbach ruhig hingelassen hat. Allerdings muß zur Richtigerstellung der Presseäußerungen bemerkt werden, daß die darin enthaltenen Angaben über das Treiben der hiesigen russischen Vertretung zum Teil nicht den Tatsachen entsprechen, zum Teil gänzlich unbewiesen sind. Die Zahl der russischen Kurieren übersteigt die üblichen Grenzen nicht wesentlich. Die russische Vertretung hat den betreffenden Vorwurf auch schon selbst durch die Presse zurückgewiesen. Die Behauptungen der Blätter über die Einfuhr von Waffen und Geldern zu Revolutionszwecken gründeten sich lediglich auf die Verkaufsbilanz entsprechender Abfahrten in russischen Blättern. Das sind jedoch keine Beweise, um daraufhin ein Einschreiten gegen eine durch das Völkerrecht gesicherte Vertretung zu begründen.

Daß die deutsche Regierung, wenn sie ein solches Einschreiten vermeiden hat, sich nicht etwa von Sympathien für die bolschewistische Regierung leiten läßt, wie ein Blatt zu bemerken für gut findet, ist wohl selbstverständlich. Die deutsche Regierung hat jederzeit mit den Bolschewisten den Frieden im Osten jählehen müssen, weil sich keine andere Gewalt fand, die genügend Einflußherrschaft besaß, um dem Kriege dort ein Ende zu machen. Und sie hat die Beziehungen mit ihnen aufrecht erhalten, weil sie seither die einzige machtvolle Regierungsmacht in Russland sind und weil sie auch uns gegenüber bisher korrekte österreichische Beziehungen beobachtet haben. Wenn allerdings, wie nicht zu leugnen ist, in der letzten Zeit maßgebende russische Regierungsvertreter augenscheinlich der Ansicht geworden sind, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands ihnen ein Ueberstreiten der Grenze internationaler Korrektheit gestalte und aus diesem Anlaß Gedanken über eine Ausdehnung ihrer revolutionären Praktiken auf Deutschland aussprechen, die auf eine Einmischung in innere deutsche Verhältnisse abzielen, so tritt an die deutsche Regierung die Aufgabe heran, zu prüfen, welche Konsequenzen sie etwa aus einem solchen Verhalten hinsichtlich unserer Beziehungen zu der bolschewistischen Regierung zu ziehen hat. Wenn tatsächlich Beweise vorliegen, daß die hiesige russische Vertretung über sonstige amtliche russische Persönlichkeiten den Rahmen der ihnen unteren Verhältnissen gegenüber obliegenden Zurückhaltung überschreitet, so wird sie ebenfalls prüfen, welche Forderungen daraus nach der Sachlage gezogen werden müssen.

Was die Sühnung des Mordes des Grafen Mirbach anbelangt, so hat die deutsche Regierung der russischen keinen Zweifel gelassen, daß die bisherige Behandlung der Angelegenheit von russischer Seite hier als unzureichend betrachtet wird, und daß deutscherseits auf einer nachhaltigen Verfolgung der Mörder und Anstifter bestanden werden muß. Auch diese Angelegenheit hat also noch nicht ihren Abschluß gefunden.

Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.

Berlin, 2. Nov. (Mitt. Nichtamtlich.) Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt, vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsgesetzen, leiste ich eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporkommenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den fürchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alle Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das ihm eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verbanden die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihre Entstehung.

Ich aber trete diesen Beschüssen der Volksvertretung mit meinen hohen Verbündeten bei, in dem besten Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.

So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez. Wilhelm I. R.

geges. Max, Prinz von Baden.

Das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift.

Ein entscheidender Schritt vom Obrigkeitstaat zum Volksstaat.

Berlin, 2. Nov. (Mitt. Nichtamtlich.) Der Obermillitärbefehlshaber hat den stellvertretenden Generalkommandanten des Gouvernements und Kommandanturen folgenden Erlaß ergo-

Den Grundgedanken der Neuordnung unseres Staatswesens entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitest möglicher Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift gegeben wird. Ungehindert soll seine Wünsche und Klagen zum Ausdruck bringen. Beschränkungen sollen ohne Rücksicht auf die nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eintreten.

I. Versammlungen.

1. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen sind zu gestatten. Ein Verbot darf nur eintreten, wenn Zweck der Versammlung zumwiderläufig oder, wenn es Interesse der Kriegsführung, des Friedensschlusses oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erfordert.

2. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind anmeldepflichtig und sind einberufen mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der vorgesehene Redner bei der Schriftlich anzumelden. Ausnahmen im Anschluß an die Verhandlungen der vorgesehene Redner sind zugelassen, falls sie in den Grenzen des angemeldeten Gegenstandes liegen. Gemeindefachversammlungen sind von der Anmeldepflicht befreit, sofern sie sich in dem Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Juni 1916 bewegen.

3. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, können überwacht werden. Es ist aufzulösen, wenn zur Uebertretung der bestehenden Bestimmungen aufgefordert wird, oder wenn es zu Unruhen oder Unordnungen kommt. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 14 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 in Geltung.

4. Personen, die wiederholt Anlaß zur Auflösung von Versammlungen aus Gründen der Ziffer 3 gegeben haben, können durch Entscheidung des Obermillitärbefehlshabers von den Ausstellungen als Redner in Versammlungen ausgeschlossen werden. Im Falle des Zuwiderhandelns ist die Versammlung aufzulösen.

5. Von den vorstehenden Richtlinien darf nur abgewichen werden, wenn es sich um eine mildere Handhabung des Versammlungsgesetzes handelt. Aus außergewöhnlichen Umständen sich ergebende außergewöhnliche Maßnahmen können nur unter sofortiger Benachrichtigung des Obermillitärbefehlshabers ergriffen werden.

6. Alle bisherigen Richtlinien und Anordnungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechtes, die zu Widersprüchen mit den Bestimmungen dieses Erlasses führen, werden hienmit aufgehoben.

II. Zensur.

1. Zensurmaßnahmen gegenüber Zeitungen und sonstigen Druckschriften dürfen nur erfolgen, wenn es das Interesse der Kriegsführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unbedingt erfordert. Soweit Maßnahmen der Zensur in Betracht kommen, ist die Zensur des redaktionellen Teiles von Zeitungen und sonstigen Druckschriften beizubehalten. Einmalige Bekanntmachung des Reichskanzlers über das Verbot von Veröffentlichung über Truppen- oder sonstigen militärischen Angelegenheiten vom 6. Februar 1918 (Reichsanzeiger vom 8. Februar 1918) auszuführen.

2. Die Vorprüfung für alle Nachrichten und sonstige öffentlichen Inhalte bleibt bestehen. Streng muß darauf geachtet werden, daß nur wegen Verletzung usw. der Interessen der Kriegsführung eingegriffen wird, und daß die Vorprüfung die Bestimmungen, die neben militärischen auch politische Angelegenheiten betreffen, nicht Veranlassung gibt, Streichungen aus den lediglich politischen Teilen vorzunehmen.

3. Die Verhängung der Zensur über Zeitungen usw. darf in Zukunft nur noch mit Einwilligung des Obermillitärbefehlshabers erfolgen.

4. In Kraft bleiben vorläufig: a) alle die Bestimmungen über Behandlung von Rohstoffen und Erfindungen, Einfuhr, Einfuhr, Durchfuhr von Zeitungen und Druckschriften über sachwissenschaftliche Veröffentlichungen nach dem Reichsdruckgesetz vom 2. März 1918; b) alle anderen bisherigen Zensurbestimmungen außer Kraft.

(gez.) Scheuch, Generalkommandant.

Berlin, 2. Nov. (Mitt. Nichtamtlich.) Mit vorstehendem Erlaß des Obermillitärbefehlshabers ist ein entscheidender Schritt vom Obrigkeitstaat zum Volksstaat getan. Dem deutschen Volke ist die Wortfreiheit zurückerlangt worden. Der Druck des Belagerungsstaats ist aufgehoben. Der Druck der Kriegsführung ist nicht mehr ein Hindernis für die freie Meinungsäußerung. Die Versammlungsfreiheit ist grundsätzlich wiederhergestellt.

Es ist zu erwarten, daß die Anwendung der den überwachenden Behörden verbleibenden Befugnisse, besonders das der Verhängung bestimmter Persönlichkeiten vom Austritt in Versammlungen, zu den Seitenhieben gehören wird. Es ist dem Sinne der neuen Richtlinien, daß diese Befugnisse dem Sinne einer Waffe im innerpolitischen Kampfe gegen bequeme politische Richtungen werden darf. Es werden dem Zustand entgegengehen, welcher der freien Meinungsäußerung vollen Versammlungsfreiheit sein sollte.

Auch der Pressefreiheit kommen wir wieder ein gutes Stück näher. Die Vorprüfung bleibt auf dem Gebiete des rein militärischen bestehen. Es konnte nicht um guten Willen und der Einsicht Einzelner überlassen zu entscheiden, was hierüber öffentlich und ohne Schaden unsere Kriegsführung geschrieben werden darf. Unsere Verantwortung mußte die sachkundige Entscheidung überlassen bleiben. Neben das Interesse der Kriegsführung tritt berechtigt das am Friedensschluß. Nicht jedem unbegrenzten Friedensgerücht oder absichtlich Verwirrung bezweckenden Friedensfäher aus feindlicher oder neutraler Quelle, wenn es tritt in unsere Öffentlichkeit gewährt werden, wenn nicht geradezu Geschäfte für die Feinde befragen werden.

Was schließlich die noch aufgeführten Gebiete der Zensur, der Rohstofffrage, der Ausführungsbeschränkungen usw. betrifft, so handelt es sich hier um Kriegsgeschäfte, die von der Allgemeinheit weniger bemerkt werden und zunächst weiter getragen werden müssen. Freigekommen sind alle politischen Erörterungen, auch

Kriegsführung unmittelbar zum Gegenstand haben, die politische, die baltische, die belgische und die spanische Frage, das Verhältnis der verschiedenen Völker zur Politik, die Neuordnung Deutschlands, der Pazifismus in den Kriegen, die Reden feindlicher Staatsmänner und die Reden aus der fremden Presse. In den neuen Freilichtungen selbstverständlich neben der Tagespresse auch Broschürenliteratur teil. Damit ist eine ungeheure Umwälzung in der rechtlichen Behandlung der Kriegsverbrechen und der Meinung eingetreten. Alle Hemmnisse und Einschränkungen, die bisher aus politischen Rücksichten erhalten wurden, fallen reiflos weg. Die Kriegsverbrechen und Verbrechen zugleich unangenehm für die Presse von Zeitungen ist im wesentlichen Weg ein früher verbotenes Wort wird auf dem Wege der Verjährung oder Verjährung freigegeben werden. Wir sind nun einer größeren politischen Freiheit, als wir unserer Feinde. In die Stelle der obrigkeitlichen Verantwortung vor dem deutschen Völkern eigenen Gewissen getreten.

Die Neuordnung in Baden.

Karlsruhe, 2. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Die „Karlsh. Anzeiger“ veröffentlicht zur Frage der Neuordnung in Baden einen bahnbrechenden Artikel: Das Staatsministerium hat sofort Geheimschreiben ausarbeiten zu lassen über die Neuordnung der Verhältnisse nach der Wahl zur Reichskammer und über die Abschaffung der Klassenwahl in den Gemeinden. Ferner wird die Revision des Aufhebung des Paragraphen 36 der Verfassung. Nach dieser Bestimmung verliert ein Mitglied der Reichskammer, das ein festbestimmtes Staatsamt oder ein Staatsdienst in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, die Mitgliedschaft in der Kammer und kann seine Stelle in der Kammer nur durch Neuwahl wiedererlangen. Endlich wird die Neuordnung entsprechend dem Beschluß der Reichskammer vom vorigen Landtag, den Ausbau des landwirtschaftlichen Ausschusses vorschlagen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeiten von Regierung und Reichskammer. — Zur Beschlussfassung über diese Vorlagen ist die Reichskammer am 11. oder 12. November zusammen zu kommen zu den Fragen der Neuordnung in Baden Stellung zu nehmen. Die dem „Karlsh. Anzeiger“ aus leitenden Verletern ist, haben die Reichskammer in Karlsruhe versammelt, die Reichskammer keine Zweifel darüber gelassen, daß sie die Forderungen der Zeit Rechnung zu ziehen.

Karlsruhe, 4. Nov. Die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion der 2. Kammer und die nationalliberalen Mitglieder der 1. Kammer beschloßen sich in zwei Sitzungen am Samstag zusammen mit dem Geschäftsführenden Ausschuss der nationalliberalen Partei mit der Neuordnung in Baden. Die von der Regierung bekanntgegebenen Absichten wurden eingehend diskutiert, die Partei wird aber noch weitere Forderungen stellen, die dem am nächsten kommenden Reichstag vorgelegt werden sollen. Die Reichskammer wird dann die endgültigen Beschlüsse fassen.

Karlsruhe, 4. Nov. Das Zentrum der badischen Reichskammer wird am 11. oder 12. November zusammen zu kommen zu den Fragen der Neuordnung in Baden Stellung zu nehmen. Die dem „Karlsh. Anzeiger“ aus leitenden Verletern ist, haben die Reichskammer in Karlsruhe versammelt, die Reichskammer keine Zweifel darüber gelassen, daß sie die Forderungen der Zeit Rechnung zu ziehen.

Austritt Andrássy.

Wien, 2. Nov. (WZ.) Meldung des Wiener Korrespondenten: Der Minister des Auswärtigen Graf Andrássy hat seinen Austritt angeboten. Der Kaiser hat ihn abgelehnt. Die Leitung des Auswärtigen Amtes übernimmt vorläufig der Sektionschef Freiherr von Csonka. Auch der gemeinsame Finanzminister Spisak hat sein Entlassungsangebot eingereicht.

Wien, 3. Nov. (WZ.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Nach einer telegraphischen Meldung aus Budapest, die „Reichspost“ auf den Sonderdruck der ungarischen Regierung mit der Begründung zurück, daß die deutsche Regierung sich nicht zu erörtern, daß sie diesem Schritt volles Verständnis entgegenbringt. Die „Reichspost“ stellt die Auffassung der deutschen Regierung völlig richtig dar. So wenig die ungarische Regierung die Sonderdrucke vorher gebilligt hätte, so wenig vermag sie nachträglich für diese den Bundespräsidenten jenseitigen Aktion Verständnis zu zeigen.

Die Auflösung in Oesterreich-Ungarn.

Wandernde Heerhaufen. Budapest, 2. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Das Pressebüro in Wien wurde von dem slowenischen Nationalrat ermächtigt, in den unauflösbaren Gerichten über Pogrome in Oesterreich-Ungarn zu berichten, die sich gegenwärtig im Gebiet zutragen sollen, festzustellen, daß sich im Gebiet des slowenischen Nationalrates seit dem Kriegsausbruch ebenfalls wie vorher nirgends auch die geringste Verletzung der Ruhe und Ordnung ereignet hat. In genauester Befolgung der Weisungen der Reichskammer, das Gut und die persönliche Ehre jedes einzelnen slowenischen Nationalisten er auch immer sei, zu achten, hat der slowenische Nationalrat die Ruhe und Ordnung im Gebiet des slowenischen Nationalrates zu übernehmen. Graf Andrássy hat sich sofort bereit, die Geschäfte der Landesregierung an die nationale Regierung abzutreten, worauf die Landesregierung mit der einstweiligen Befolgung der Präsidialbefehle betraut wurde.

Kriegsgefangene Italiener ausgebrochen. Budapest, 2. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Zu den beunruhigenden Nachrichten über die Lage im Kriegsgefangenenlager Sigmundshenberg im Waldviertel, wonach 5000 Kriegsgefangene Italiener aus dem Lager ausgebrochen seien und in der Umgebung wandernd umherzögen, erzählt die „Neue Freie Presse“ vom Kriegsministerium folgende: Das Nachrichtenbüro im Sigmundshenberg unter dem Einfluß der politischen Vorgänge der letzten Tage seinen Posten; die meisten aus florentinischen Elementen bestehende Wachmannschaft ging einfach weg, um in die Heimat zu gelangen. Im Lager entstand infolgedessen große Unruhe und es ist wahrscheinlich, daß im Verlaufe derselben einige Kriegsgefangene tatsächlich entwichen sind. Der Lagerkommandant Oberst Burech setzte sich aber sofort mit dem ranghöchsten gefangenen italienischen Offizier, einem Deutschen in Verbindung, es wurde eine italienische Pagemache zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestellt. Heute Mittag hier eingetroffene Nachrichten zufolge funktioniert der italienische Wachdienst tadellos; im Lager herrscht wieder Ruhe. Damit erledigen sich auch die Gerüchte, daß die italienischen Kriegsgefangenen die Stadt Horn besetzt haben und Raubereien und Plünderungen in großem Maßstab verüben.

Aussicht Kriegsgefangene nachzusehen auf Budapest. Budapest, 2. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Minister Csar Vajda verhandelte mit dem nationalliberalen Parteimitglied Vajda, Cop-Glitz, Wad, Erbscht, dem tschechischen Abgeordneten Schuller und dem Abgeordneten Lan über allgemeine prinzipielle Fragen und über Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Siebenbürgen. Das Abgeordnetenhaus wird Anfang nächster Woche, vielleicht am Dienstag, zu einer Sitzung zusammen treten.

In der Verpflegung der Stadt Budapest traten durch die gestrigen Ausschreitungen Schwierigkeiten auf, die aber durch die Umhüll der ungarischen Nationalrat bereits behoben sind. Die Lebensmittelarbeiter haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Der Nationalrat hat angeordnet, daß sämtliche Nachbarn bei Beurlaubung der Gewerbetätigen in Betrieb gesetzt werden müssen.

Aus Gran wird gemeldet: Der Kommandant des Gefangenenlagers in Gran meldete gestern Nachmittag, daß um 5 Uhr früh etwa 2000 russische Kriegsgefangene und 500 ungarische Nationalisten des Gefangenenlagers verlassen hätten, um heimzukehren. Ein Teil von ihnen schlug den Weg nach Budapest ein; einige wurden aufgehalten. Im Lager verblieben noch ungefähr 7000 Gefangene.

Verammlung der Soldatenräte.

Wien, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Die Korrespondenz Wilhelm meldet: Heute wurden in verschiedenen Bezirken etwa 15 Versammlungen der Soldatenräte abgehalten, die durchwegs ruhig verliefen. In einer Versammlung meldeten sich freiwillig dazu, den ausgebrochenen Kriegsgefangenen von Sigmundshenberg und Breitenlee entgegenzutreten. Nach einer weiteren Meldung der Korrespondenz haben nämlich im Gefangenenlager zu Horn bei Amstetten, in Sigmundshenberg und Breitenlee die Pagemachen, größtenteils Tschecho-Slowaken und Südländer ihre Posten verlassen, so daß die Gefangenen frei waren. Die Gefangenen von Horn bemächtigte sich eines Heintzehrhauses und sind über Kommandant von Hubs weggezogen. Alle Maßnahmen sind getroffen, sie anzuhalten. Die Insassen werden mit der Eisenbahn an die Grenze des tschechischen Staates, die Russen an die Grenze des tschechisch-slowakischen Staates geschickt und diesen Staaten übergeben werden. Vom Kriegsministerium reiste Feldmarschallleutnant Vinhart nach Sigmundshenberg, um dort die Maßnahmen wegen des Ausbruchs der Gefangenen zu leiten.

Bildung eines Arbeiterrates in Budapest.

Budapest, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Meldung des Wiener l. u. l. Telegr.-Korr.-Büro. Heute Vormittag wurde ein Arbeiterrat gebildet, der beabsichtigt, in Fragen, die sich auf die Stadt Budapest beziehen, die Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung nicht anzuerkennen, sondern die Exekutivgewalt einem Ausschuss von drei Vertretern des Nationalrates, des Arbeiterrates und des Soldatenrates zu übertragen.

Die Proklamtion des ungarischen Nationalrates.

Budapest, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Ungarisches Leseg.-Korr.-Büro. Die Proklamtion, welche im Namen des ungarischen Nationalrates durch den Präsidenten Hof, in Vertretung des rumänischen Nationalrats vom Abgeordneten Theodor Mikali und namens der tschechischen Abgeordneten vom Abgeordneten Wilhelm Welscher unterzeichnet ist, wendet sich an alle Nationalitäten und sagt: Amitten des blutigen Sturmes des Weltkrieges bildet es unser wichtigstes Bestreben, unser Volk mit mehreren Heiden und Verdrüßungen zu versehen und, was immer auch in naher oder ferner Zukunft eintritt, das vernünftige Vaterland und die vernünftige Vermögensverwaltung zu verhalten. Wir fordern daher alle Söhne der ungarischen, rumänischen und tschechischen Nation auf, mit einander in Verbindung zu treten, den inneren Frieden durch gegenseitige Verständigung und gegenseitige Retention zu gewährleisten und zu diesem Zwecke in gemeinsamen Einvernehmen alle Maßnahmen festzusetzen, durch die Instanzen von Ereignissen, die nicht eintreten könnten, die Sicherheit der Person und des Vermögens gemeinsam und am besten gewahrt werden könnte.

Trennung des Erzherzogs Josef.

Budapest, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Korr.-Büro Erzherzog Josef und dessen Sohn Erzherzog Josef Franz haben, wie kurz gemeldet, dem Nationalrat den Treueid geleistet. Der Präsident des Nationalrates hat dies an den Erzherzog eine Ansprache, in der er sagte: Die Herzen der Ungarn werden niemals vergehen, daß Sie, Hofe, sich in diesem erhabenen Augenblick, dem Moment der Wiedergeburt der Nation, wo Sie Hofe sich der souveränen Autorität der Nation in Treue unterwerfen und dies mit einem heiligen Eid bekräftigen, mit der Politik des neuen Ungarn im Geiste der modernen Zeit vereinigen, so daß wir bei gegenseitigem Verständnis Grobes und Alltägiges für unsere Nation werden schaffen können. (Beifällige Gerufe.) Der Erzherzog hielt nach der Eidesleistung eine Ansprache. Er sagte: Solange diese zwei Herzen schlagen, solange werden sie dem ungarischen Volk angehören, dessen Brüder wir sind. (Beifällige Gerufe.) Ich bin sehr überzeugt, daß die Vergangenheit vergangen ist und daß die große Waise Ungarns in der Zukunft liegt. Dies ist der einzige Wunsch meines Herzens und der meines Sohnes. Großer Jubel begleitete den Erzherzog und dessen Sohn auf die Straße. Am Vormittag fand auf dem großen Platz vor dem Parlament die Eidesleistung der Offiziere statt.

Zur angeblichen Abdantung Kaiser Karls.

Berlin, 4. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Die angebliche Abdantung Kaiser Karls, die gestern Morgen von verschiedenen Seiten gemeldet worden war, hat sich nach Feststellungen der Berliner österreichisch-ungarischen Botschaft bisher nicht bewahrheitet. Die Botschaft hat auf ihre Anfrage in Wien die Mitteilung erhalten, daß der Kaiser weder auf den Thron verzichtet hat, noch nach der Schweiz abgereist ist, wie ebenfalls behauptet wurde. Auch das Gerücht von einem Anschlag auf die Kaiserin Zita ist als gänzlich grundlos bezeichnet worden. Ungarische Blätter melden dem gegenüber freilich, die Königsfamilie dürfe binnen kürzester Zeit Oesterreich verlassen und sich nach der Schweiz begeben.

Der tschecho-slowenische Nationalrat für Niederösterreich.

Wien, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Gestern konstituierte sich in Wien der tschecho-slowenische Nationalrat für Niederösterreich.

Italienische Kriegsschiffe in Triest. Triest, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Heute um 4 Uhr nachmittags sind sechs italienische Torpedojäger eingetroffen und legten im Rolo San Carla an. Die Triester Bobetta Dr. Valerka und der Führer der italienischen Sozialdemokratie Fischer als Vertreter des Triester Wohlfahrtsausschusses erschienen zur Begrüßung und geleiteten den Kommandanten der hier eingetroffenen Flottille in das frühere Staatsministerpalais zum Oben des Wohlfahrtsausschusses. Die Menge bereichte den gefandeten Truppen einen festlichen Empfang.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 3. November abends. (WZ. Amtlich.) Vorkampfskämpfe vor unseren neuen Linien zwischen Aisne und Maas. In den übrigen Fronten keine größeren Kampfhandlungen.

Feindliche Anerkennung für den deutschen Widerstand.

Berlin, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) In der letzten Zeit mehren sich die ausländischen Stimmen, welche die Kraft und Erfolgs unseres Widerstandes anerkennen, und zwar sind es nicht nur neutrale deutschfreundliche Mütter, sondern in gleicher Weise deutschfeindliche und die Ententepresse selbst mit Einschluß der chauvinistischen Hypokrite. Die „Chicago Post“ und „Morning Post“ vom 15. Oktober und „Corriere della Sera“ vom 15. Oktober, daß die Moral der deutschen Truppen unerschüttert und von den Friedenshoffnungen unbeeinträchtigt geblieben ist. Auch das Weltorgan „L'Espresso“ spricht die Deutschen größte Tapferkeit und Unerschütterlichkeit zu, lobt die Haltung der Soldaten, der Sieg sei schon erzwungen. Ebenso lobt General Gouraud die deutsche Armee volle Gerechtigkeit widerfahren. Er hat einem Berichterstatter gegenüber die Überzeugung geäußert, daß die Deutschen nur Schritt für Schritt werden werden und dem schließlich das belgische „Echo de la Presse“ vom 24. Oktober an. Der amerikanische General L'Espresso berichtet der „Daily Mail“ vom 17. Oktober, daß die Amerikaner noch niemals auf einen so heroischen Widerstand gestoßen seien. In vielen Fällen bedienten die deutschen Frontkämpfer ihre Geschütze bis der letzte Mann nieder gemacht sei. Mehrfach werden die deutschen Genenarrative anerkennend erwähnt, so in der „Pittsburgh Post“ vom 3. Oktober und im „Manchester Guardian“ vom 30. September. Vor allem kommt wieder der Respekt vor unseren Maschinengewehren zum Ausdruck, so in der „Morning Post“ vom 16. Oktober und im „Times“ vom 14. Oktober. Das „Journal“ schreibt am 19. Oktober: Die Deutschen leisten mühen Widerstand und machen uns jedem Führer Bodens freilich. Die mit der alten Trübsal erfüllten Transschichten der Reichsregierung bleiben fürchterliche Gegner; sie verteidigen jede Stadt und Brücke Belgiens wie ihr eigenes Vaterland.

Letzte Meldungen.

Abdantung des Jaren Boris. — Ausrufung der Republik in Sofia. Berlin, 4. Nov. (Von unfr. Berl. Büro.) Nachrichten, die aus Bulgarien kommen, bestätigen die feinerzeit verbreitete Meldung, das der Jar Boris auf den Thron verzichtet hat und daß die bulgarische Republik ausgerufen worden ist. Der junge König befindet sich auf dem Wege nach Wien.

Zusammenstoß zwischen Deutschen und Unabhängigen.

Berlin, 4. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) In den Vormittagsstunden war gestern durch Handbittel zu einer tschechischen Kundgebung nach dem Bismarckdenkmal am Königsplatz eingeladen worden. Um 12 Uhr mochten tatsächlich etwa 1200 Personen vor dem Reichstagsgebäude am Bismarckdenkmal versammelt sein, darunter auch eine große Anzahl Frauen. Nachdem ein Kranz am Sockel des Denkmals niedergelegt worden war, schied sich ein Führer an, eine Rede an die Anwesenden zu halten. Der überwachende Polizeihauptmann erklärte jedoch, dies nicht gestatten zu können, und forderte die Anwesenden auf, den Platz zu räumen. Die Veranstalter protestierten, und da auch etwa zwei bis dreihundert „Unabhängige“ anwesend waren, kam es hier und da zu kleinen hürmischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien. Die Polizei, die in großer Stärke erschien, säuberte die Plattform, wobei die Beamten freilich mit der denkbar größten Höflichkeit vorgehen. Die Veranstalter zogen darauf nach einem Restaurant in den Festen, wo eine kleine Versammlung abgehalten wurde. Der Enderufer der Versammlung kündigte schließlich für nächsten Sonntag eine Massenkundgebung wieder am Bismarckdenkmal oder im Jirkus Bush an. — Im Abrigen ist der gestrige Sonntag entgegen alarmierenden Gerüchten, die von großen Kundgebungen wissen wollten, ganz ruhig verlaufen, trotzdem mit aufreißenden Handzetteln hier und dort in den letzten Tagen von den Spartakisten und den kleinen kommunistischen Gruppen gearbeitet worden ist.

35 Entenschniffe vor den Dardanellen.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 4. Nov. (Fr.-Tel. g. R.) Nach der „Daily Mail“ haben die Verbündeten vor den türkischen Gewässern eine Flotte von 35 Einheiten zusammengestellt. Man erwartet nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages die Durchfahrt durch die Dardanellen und das Auslaufen der Flotte in das Schwarze Meer.

Graf Wehel soll Posthalter bleiben.

Wien, 3. Nov. (WZ. Nichtamtlich.) Der Präsident des Staatsrates veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Staatsrat hat die Befugnisgewalt übernommen und die Staatssekretäre in ihre neuen Funktionen eingeführt. Die deutschen Behörden werden ihre Amtsfunktion ausschließlich auf das Gebiet des deutsch-österreichischen Staates erstrecken. Staatsminister Dr. Cawer hat bereits ein legislatives Büro errichtet. Mit den legislativen Vorbereitungen der Abgrenzungssätze wurde eine besondere Arbeitsgruppe im Namen der Staatskanzlei betraut, die unter der Leitung des Staatsrates Dr. v. Eich stehen wird. Der Staatssekretär des Reiches Dr. Obersteile hat heute dem deutschen Posthalter Grafen Wehel vor und notifiziert ihm die Hebernahme der Gewalt durch die neue deutsch-österreichische Regierung. Der Staatssekretär ersuchte den Posthalter, als Vertreter des Deutschen Reiches bei der deutsch-österreichischen Regierung in Wien zu bleiben.

Fraktionsstungen im Reichstag.

Berlin, 4. Nov. (Von unfr. Berl. Büro.) Im Reichstag werden heute mehrere Fraktionsstungen abgehalten, unter anderem tritt die nationalliberale Partei heute vormittag zu einer Besprechung zusammen. Die Sozialdemokraten haben auf morgen eine Fraktionsstung anberaumt, in der wichtige Entschlüsse gefaßt werden dürften.

Allgemeine Veröffentlichungen der Stadtgemeinde

Verkauf 3. November. seitdem folgende Marken:
I. Für die Verbraucher:
1. Für die Brot- und Backwaren...

Assessor Dr. Willy Altschul
Referent bei den Verwaltungschefs für Flandern und Wallonien
Unseres Lebens Stolz, Glück und Inhalt, unser prächtiger Sohn, Enkel, Neffe und Vetter

Ein Jeder
verkauft Papier, Eisen, Gläser, Lampen, Kerzen, Koffer und Speisegeräte...

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres Lieben, unvergesslichen Sohnes und Bräutigams...

Verkauf 4. November. seitdem folgende Marken:
I. Für die Verbraucher:
1. Für die Brot- und Backwaren...

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass mein innigstgeliebter, guter Bräutigam
Peter Nielsen
nach kurzem schwerem Leiden heute vormittag 9 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.

Emil Schorpp, Wagenführer
Heute nacht zwischen 12 und 1 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden, wohlversehen mit den heil. Sterbesakramenten, unser lieber Gatte, Vater und Sohn, Herr

Echte Teppiche
4,50x5,00, 1,30x3,60 und 1 Kellm
3,20x3,80 umständehalber preiswert - nur an Private - zu verk. Interessenten belieben unter P. O. 189 an die Geschäftsstelle...

Todes-Anzeige.
In unsagbarom Schmerz und Herzleid allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Mitteilung, dass meine innigstgeliebte Frau, unsere treubestorgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Martha Fähnle geb. Kretschmann
im Alter von 21 Jahren am Samstag mittag 12 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden ihrem Teichteren Hildegard in die Ewigkeit nachgefolgt ist.

Lina
Im Alter von 4 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit uns durch den Tod entrissen wurde.
MANNHEIM, Gärtnerstr. 25, den 2. November 1918.

Villa
zu verkaufen. 1700
Nähe Badstube, im Garten, herrlicher Anblick...

Statt besonderer Danksagung.
Allen, die uns in so wohlthuender Weise ihre Teilnahme an unserem großen Verluste bezeugt haben, sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Frau Anna Neukert
Für die uns erwiesene liebevolle Teilnahme bei dem so unerwarteten Hinscheiden meiner lieben, guten Frau, unserer herzensguten, lieben, treubestorgten Mutter

Haarband-Reste
reine Seide, reiches Farber, in großer Auswahl billig...

Statt besonderer Anzeige.
Todes-Anzeige.
In unsagbarom Schmerz und Herzleid allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Mitteilung, dass meine innigstgeliebte Frau, unsere treubestorgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Martha Fähnle geb. Kretschmann
im Alter von 21 Jahren am Samstag mittag 12 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden ihrem Teichteren Hildegard in die Ewigkeit nachgefolgt ist.

Danksagung.
Für die vielen, wohlthuenden Beweise herzlichster Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste sagen wir hiermit innigen Dank.

Schreibmaschine
aus erst. ebenf. Typen
18x4 m) verkauft billig...

Piano
vollständig, gut erhalten, aus 1. Hand, an verkauft
6000 Mark, 19. 1. St.

Miet-Gesuche
Wohnung
in moderner Ausstattung, mit Zentralheizung, 6-7 Räume und Zubehör

Skunkskragen
zu verkaufen, wie neu, an
erfragen von 2 Uhr an
C. 2, 2, 11. 4780

Stellen-Gesuche.
Jg. Kaufmann
leidet in allen Fächern, sowie Griech. u. Hebr. sucht sich per 1. Jan. ab. Nebr. zu verheiraten. Angebote an Schrift mit 2. 11. 20 an die Geschäftsstelle...

Teilhaber
für Kino
mit ca. 25000 RM. Einlage gesucht.
Angebot unter P. O. 189 an die Geschäftsstelle...

Gaslüster
zu verkaufen, wie neu, an
erfragen von 2 Uhr an
C. 2, 2, 11. 4780

Stellen-Gesuche.
Mädchen
leidet in allen Fächern, sowie Griech. u. Hebr. sucht sich per 1. Jan. ab. Nebr. zu verheiraten. Angebote an Schrift mit 2. 11. 20 an die Geschäftsstelle...

Verloren.
Am Samstagabend
Skunkspelz
auf dem Wege vom Theater durch Canale B 9 - Kanthaus - Verabredung - Planken - Heidebergstraße - bis Wasserlärm u. zurück nach O 7, 17 verloren. Abzugeben gegen Befreiung...

